

# Nachhaltigkeit ist das Problem, nicht die Lösung

geschrieben von Chris Frey | 28. April 2026

**Marcel Crok**

In den letzten Wochen war in Europa immer wieder zu hören, dass wir uns aufgrund des Krieges im Iran nicht in einer derart prekären Lage befinden würden, hätten wir uns nur entschlossener auf „erneuerbare“ Energiequellen konzentriert. Aber stimmt diese Behauptung? Der niederländische Wissenschaftsjournalist und Clintel-Direktor Marcel Crok vertritt die gegenteilige Ansicht: Gerade Europas Fixierung auf Klimapolitik und CO<sub>2</sub>-Reduzierung hat uns verwundbar gemacht und zu dem aktuellen Energie-Chaos beigetragen.

„Die grünen Spinner hatten recht“ – so lautete der Titel des [Kommentars](#), den Mathijs Bouman, Chefökonom der NPO (der niederländischen „BBC“), als Reaktion auf den Krieg im Iran in der niederländischen Zeitung FD (Financial Daily) veröffentlichte. „Es waren genau diese grünen Spinner und nachhaltigen Träumer, die recht hatten. Wir hätten viel schneller auf Solar-, Wind- und Wasserstoffenergie sowie Batterien umstellen sollen, genau wie sie es gesagt haben. Dann wären die Niederlande heute weniger anfällig“, schrieb Bouman.

Ähnliche Stimmen waren in den Niederlanden in den letzten Wochen häufig zu hören, z. B. von Politikern wie Premierminister Rob Jetten und Henri Bontenbal (Vorsitzender der Christdemokratischen Partei) sowie von Kim Putters, dem Vorsitzenden des SER (Sozial- und Wirtschaftsrat).

Der niederländische Wettermoderator Gerrit Hiemstra ist kürzlich auf seinem [Bluesky-Account](#) zu weit gegangen. „Sollen sie doch einfach die gesamte Ölindustrie in Schutt und Asche legen. Das wird den Übergang zu erneuerbaren Energien massiv beschleunigen“, schrieb er. Als jemand darauf hinwies, dass dies viele Todesopfer fordern würde, antwortete Hiemstra kühl: „Das wird ohnehin die Folge des Klimawandels sein.“

Sie alle sagen dasselbe: Hätten wir unsere Energieversorgung nur früher nachhaltig gestaltet, wären wir heute nicht so abhängig von Öl und Gas aus dem Nahen Osten. Es ist der vorhersehbare Reflex dessen, was Bouman selbst als „grüne Spinner“ bezeichnet. In der öffentlich-rechtlichen [Fernsehsendung](#) „Ongehoord Nieuws“ wurde ich eingeladen, auf diese Behauptung zu reagieren. Mein Hauptargument war einfach: Die Niederlande und Europa sind genau deshalb in dieses Chaos geraten, weil wir uns auf den Klimawandel fixiert, CO<sub>2</sub> als den Hauptbösewicht und Solar- und Windenergie als die einzig akzeptable Lösung betrachtet haben.

Vor allem aufgrund dieser Klima-Hysterie haben die Niederlande die

Gasförderung aus dem riesigen Groningen-Feld vollständig eingestellt (leichte Erdbeben in der Region, die Schäden an Häusern verursachten, spielten ebenfalls eine Rolle). England hat alle seine Kohlekraftwerke stillgelegt, Deutschland hat seinen gesamten Kernkraftwerkspark ausgemustert, und Belgien hat mehrere seiner Kernreaktoren geschlossen. Das Fracking zur Gewinnung von Schiefergas wurde praktisch in ganz Europa verboten. Heute produziert die EU nur noch 5 % ihres Erdgases und lediglich 10 % ihres Öls selbst. Als direkte Folge davon ist Europa gefährlich abhängig von Importen aus Norwegen, Russland, dem Nahen Osten und den Vereinigten Staaten geworden.

## China

Übrigens ist es eine Illusion zu glauben, dass Solar- und Windenergie Europa weniger abhängig von ausländischen Mächten machen würden. Die Rohstoffe und Komponenten für Windkraftanlagen und Solarmodule stammen überwiegend aus China, was bedeutet, dass Europa durch den Einsatz erneuerbarer Energien lediglich eine Form strategischer Abhängigkeit gegen eine andere eintauscht.

Ein drittes, oft übersehenes Problem ist, dass die Herstellung von Windkraftanlagen und Solarmodulen enorme Mengen an fossilen Brennstoffen – insbesondere Kohle – erfordert. In einer überzeugenden [Analyse](#) mit dem Titel „Renewables Are Not Renewable“ zeigt der amerikanische Forscher Roger Pielke Jr., dass unter ambitionierten Netto-Null-Strategien, die stark auf den Ausbau von Solar- und Windenergie setzen, die mit deren Produktion und Lieferketten verbundenen Treibhausgasemissionen bis 2030 auf 1.540 Megatonnen steigen könnten – was in etwa den jährlichen [Gesamtemissionen](#) von Deutschland, Frankreich und UK entspricht. Bis 2050 könnten diese Emissionen 4.000 Megatonnen erreichen, was den heutigen gesamten [CO<sub>2</sub>-Emissionen](#) aus fossilen Brennstoffen in den Vereinigten Staaten entspricht oder etwa 10 % der derzeitigen globalen energiebezogenen CO<sub>2</sub>-Emissionen ausmacht.

## Schiefergas

Die Vereinigten Staaten gehören zu den wenigen Ländern weltweit, die vom Krieg im Iran weitgehend verschont geblieben sind. Dank der Schiefergas-Revolution, die dort 2010 begann, ist Amerika völlig autark geworden und verfügt sogar über Produktionsüberschüsse für den Export. Eine [Sendung](#) von RTL Nieuws (einem kommerziellen niederländischen Fernsehsender) aus dem Jahr 2013 enthält folgenden Kommentar: „In den Niederlanden haben wir uns noch nicht entschieden: ob wir nach Schiefergas bohren sollen oder nicht. Wasserversorger warnen vor möglichen Umweltschäden. Aber in Amerika gibt es einen starken Vorstoß für neue Wege der Gas- oder Ölförderung. Dort sagt man: Es macht unser Land reicher und sicherer. Denn in wenigen Jahren werden die USA keinen einzigen Tropfen Öl mehr aus dem Nahen Osten importieren. Und das hat Konsequenzen für die Weltpolitik.“ Das waren wahrlich vorausschauende Worte!

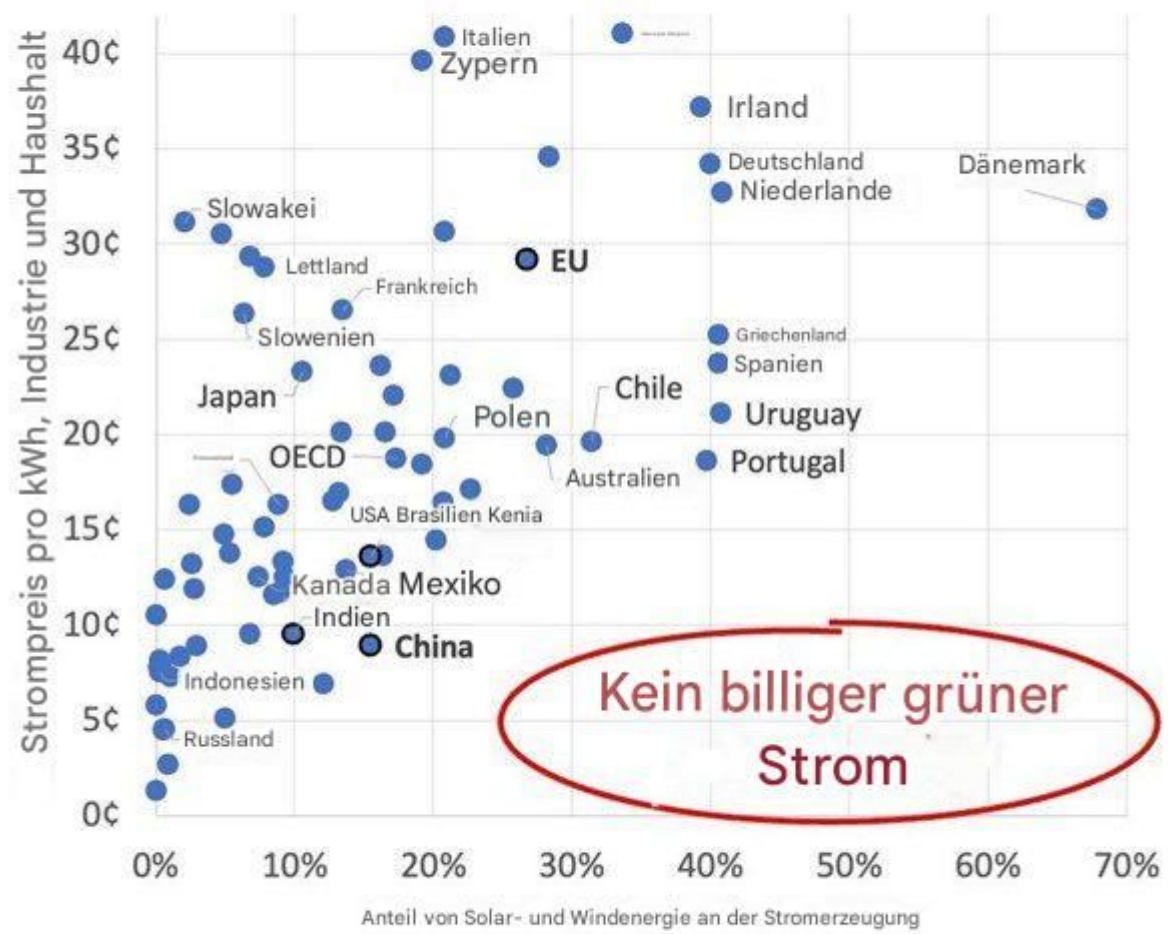
Dreizehn Jahre später ist Amerika tatsächlich reicher und sicherer als Europa. Wir sind nicht nur stark von Importen abhängig geworden, sondern das Energiesystem, das wir selbst aufgebaut haben – mit einem starken Schwerpunkt auf Strom aus Solar- und Windenergie – ist teuer und ineffizient. Die „grünen Spinner“ betonen, dass die Kosten für ein Solarmodul weiter gesunken sind. Vielleicht, und zum Teil, liegt das an der Verlagerung der Produktion nach China. Aber es geht nicht um die Kosten eines Moduls; es geht um die Gesamtkosten des Stromnetzes. Und diese Kosten sind astronomisch. Der bekannte dänische Umweltökonom Bjorn Lomborg zeigt regelmäßig die folgende [Grafik](#), die verdeutlicht, dass Länder mit reichlich Sonne und Wind immer hohe Strompreise haben. Günstige Solar- und Windenergie gibt es schlichtweg nicht!

# Teure Solar- und Windenergie

Ihnen wird ständig gesagt, dass Solar- und Windenergie billig sind

Realität: Je mehr Solar- und Windenergie, desto teurer wird es

Das liegt daran, dass Solar- und Windenergie wertlos sind, wenn es nicht sonnig und windig ist. Daten für 2023, aber gleiches Ergebnis für 2019, kurz vor Covid und dem Ukraine-Krieg



Daten für 2023: Gesamtpreis in US-Dollar für Haushalte und Industrie von der Internationalen Energieagentur, Aktualisierung April 2025, <https://www.iea.org/data-and-statistics/data-product/energy-prices>, gewichtet nach Verbrauch (alle Daten aus dem Jahr 2022, da fast keine Daten für 2023 vorliegen) und auf US-Dollar von 2024 angepasst, <https://www.bls.gov/pli>. Anteil der Solar- und Windenergieerzeugung an der gesamten inländischen Stromerzeugung von <https://ember-energy.org/data>, ohne Länder, deren Verbrauch zu weniger als 50 % durch inländische Erzeugung gedeckt ist (d. h. Luxemburg produziert nur 21 % und Litauen 4,36 %). Die Aktualisierung von 2025 enthält einige fehlende Datenpunkte, die aus der IEA-Version vom September 2024 stammen. Dies ergibt 10 Länderbeobachtungen zuzüglich EU27 und OECD (gegenüber 78 im Jahr 2019). Die Daten zur chinesischen Industrie stammen von <https://www.statista.com/statistics/1073156/china-elektro-energie-preise-china/>, die Daten zu Australien von [https://www.austlii.edu.au/other/australianlii/australianlii/energy/energy.html](https://www.austlii.edu.au/au/other/australianlii/australianlii/energy/energy.html) sowie die Daten zu Russland und Mexiko von <https://www.global-climate-scopes.org/markets/Mexico>. Für einige andere Länder fehlen Industriedaten sowie Daten zu Solar- und Windenergie aus dem Jahr 2023; diese wurden durch Daten aus dem Jahr 2022 ersetzt. Das Streudiagramm für 2019 zeigt weniger Solar- und Windenergie sowie niedrigere Preise; die Regressionsgerade ist jedoch weitgehend ähnlich. [bjornlomborg.com](https://www.bjornlomborg.com)

Der Hauptgrund dafür ist, dass bei einem hohen Anteil an Strom aus Solar- und Windenergie Angebot und Nachfrage nicht richtig ausgeglichen werden können. Wenn ausreichend Wind und Sonne vorhanden sind, erzeugen Länder wie die Niederlande, Deutschland, England und Dänemark bereits viel zu viel Strom. Windkraftanlagen müssen abgeschaltet werden, und die Betreiber erhalten dafür eine Entschädigung. In Deutschland beläuft sich dies bereits auf mehrere Milliarden Euro pro Jahr. Der wichtigste Punkt ist jedoch, dass die Netzbetreiber das Netz drastisch ausbauen müssten, um die Spitzen bei Solar- und Windenergie aufzufangen.

Damit sind astronomische Kosten verbunden. In den Niederlanden räumte TenneT (der nationale Netzbetreiber) im vergangenen Jahr ein, dass hierfür etwa 200 Milliarden (!) Euro erforderlich wären. Kürzlich wurde jedoch ein [Bericht](#) von Netbeheer Nederland veröffentlicht, wonach die Kosten (die dort euphemistisch als „Investitionen“ bezeichnet werden) für den Zeitraum 2026–2040 sogar 269 Milliarden Euro erreichen könnten. Das sind 32.000 Euro pro Haushalt (in den Niederlanden gibt es 8,4 Millionen Haushalte). Dabei handelt es sich ausschließlich um die Kosten für die Infrastruktur, und diese Kosten resultieren in erster Linie aus den enormen Schwankungen bei Solar- und Windenergie, die ins Netz eingespeist werden müssen. Als Bürger erhält man dafür nicht einmal eine einzige Kilowattstunde Strom. Kein Politiker spricht offen über diese Kosten, die für die überwiegende Mehrheit der Haushalte unmöglich zu tragen sind.

## Deutschland

Ironischerweise beginnen in Deutschland – dem Land, in dem die Energiewende fast schon mit religiösem Eifer umgesetzt worden ist – prominente Politiker, ihre Positionen zu revidieren. In den letzten Wochen hat insbesondere Energieministerin Katherina Reiche bemerkenswerte Äußerungen getätigt, zunächst auf einer Konferenz in den USA und anschließend in einem leidenschaftlichen Gastbeitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ). Auf einer Öl- und Gaskonferenz in Houston (CERAWeek) sagte sie, die EU solle nicht starr an „100-Prozent-Lösungen“ festhalten. Dies ist das erste Mal, dass eine prominente europäische Politikerin die Klimaziele selbst in Frage gestellt hat.

Kurz darauf veröffentlichte sie in der FAZ einen ausführlichen [Gastbeitrag](#) mit der unmissverständlichen Überschrift „Schluss mit der Selbsttäuschung in der Energiepolitik!“. „Ja, Wind und Sonne sind kostenlos. Aber das Gesamtsystem ist es ganz sicher nicht: EEG-Kosten, Kapazitätsreserven, Netzreserven, Redispatch-Kosten, Netzzuschüsse, Subventionen zur Senkung der Energiepreise – all das summiert sich zu Systemkosten von mehr als 36 Milliarden Euro pro Jahr. Das sind 430 Euro für jeden Deutschen“, sagte Reiche. Und: „Eine wichtige Tatsache wurde viel zu lange verschwiegen: Eine Energiewende, welche die Systemkosten ignoriert, wird das Land ruinieren, das sie angeblich retten will.“ Ich glaube nicht, dass unsere niederländische Ministerin für Klima und Energie Stientje van Veldhoven dies in nächster Zeit in niederländischen

Zeitungen wie der progressiven „de Volkskrant“ oder dem „NRC“ zugeben wird.

Am Ende ihrer Ausführungen fasste Reiche diese wie folgt zusammen: „Lassen Sie mich eines klarstellen: Ich unterstütze die Energiewende voll und ganz. Erneuerbare Energien werden zum Rückgrat unserer Stromversorgung werden. Zum großen Teil sind sie das bereits heute. Aber ich bleibe realistisch. Klimaschutz ohne Bezahlbarkeit ist politisch nicht tragfähig. Und Klimaschutz ohne Versorgungssicherheit ist strategisch kurzsichtig. Wir dekarbonisieren – aber nicht auf Kosten der Deindustrialisierung. Wir modernisieren – aber nicht, indem wir Haushalte und Unternehmen übermäßig belasten.“

Hier spricht eine echte Politikerin. Würde sie laut sagen, dass sie gegen die Energiewende ist, würde sie sich zu viele Feinde machen. Doch ihre Analyse ist scharfsinnig und stichhaltig: Der Weg, den Deutschland eingeschlagen hat, ist eine Sackgasse. Das sind kleine Hoffnungsschimmer in einer Zeit, in der Europa mit seiner Klima- und Energiepolitik nichts anderes tut, als wirtschaftlichen Selbstmord zu begehen. Europa braucht nicht mehr Nachhaltigkeit, sondern weniger, und genau wie die USA es seit 2010 tun, muss es schnell damit beginnen, an seiner eigenen Öl- und Gasförderung zu arbeiten.

*This article was published first in Dutch on the platform [Indepen](#) on 20 april 2026.*

## **Marcel Crok**

Marcel Crok ist ein niederländischer Wissenschaftsjournalist, der seit einem preisgekrönten [Artikel](#) über die berühmte „Hockeyschlägerkurve“ im Jahr 2005 hauptberuflich über die Klimadebatte und Klimapolitik schreibt. Er veröffentlichte zwei [Bücher](#) auf Niederländisch („De Staat van het Klimaat“ (Der Zustand des Klimas)) und war Mitautor des Buches „[Ecomodernisme](#)“ (Ecomodernismus). Zusammen mit dem britischen unabhängigen Forscher Nic Lewis verfasste er einen umfassenden Bericht über die [Klimasensitivität](#) mit dem Titel „A Sensitive Matter“. Er wurde von der niederländischen Regierung gebeten, als Fachgutachter für den IPCC-AR5-Bericht zu fungieren. Gemeinsam mit den niederländischen [Klimainstituten](#) KNMI und PBL gründete Crok die internationale Diskussionsplattform „[Climate Dialogue](#)“.

Im Jahr 2019 gründeten Crok und der emeritierte Professor Guus Berkhout die Clintel Foundation. Sie veröffentlichten die [World Climate Declaration](#), die inzwischen von über 2000 Wissenschaftlern und Experten unterzeichnet worden ist. Zusammen mit Andy May und einem Team von Wissenschaftlern aus dem Clintel-Netzwerk wirkte Crok an dem [Buch](#) „The Frozen Climate Views of the IPCC“ mit und war dessen Herausgeber.

Link:

<https://clintel.org/sustainability-is-the-problem-not-the-solution/>

# „Die Jugend für den Klima-Realismus gewinnen“

geschrieben von Chris Frey | 28. April 2026

## Peter Baeten

Auf der jüngsten [Heartland-Konferenz](#) gab es eine Sondersitzung mit dem Titel „Die Jugend in die Reihen der Klimarealisten holen“. Wie setzen sich jüngere Generationen mit Klimafragen auseinander, und wie prägen sie die zukünftige Debatte? Zwei interessante Redner waren Lucy Biggers, die früher mit Greta Thunberg verkehrte, und Chris Martz, der als „Anti-Greta Thunberg“ bezeichnet wurde.

Die jungen Klimarealisten Linnea Lueken, Chris Martz, Lucy Biggers, Emma Arns und Anika Sweetland diskutierten darüber, wie sich jüngere Generationen mit Klimafragen auseinandersetzen und die zukünftige Debatte prägen. **Interessanterweise war dies die einzige Sitzung der Konferenz, die von Klima-Demonstranten gestört worden ist.**

[Hervorhebung im Original]

Die vollständigen Vorträge und Diskussionen finden Sie unten. Zwei sehr interessante Redner waren Lucy Biggers und Chris Martz. Sie hielten die ersten beiden Vorträge.

## Lucy Biggers

Bis vor einigen Jahren engagierte sich Lucy Biggers (35) intensiv in der Klimabewegung. Sie verkehrte sogar mit Greta Thunberg und arbeitete mit der klimapolitisch engagierten demokratischen Kongressabgeordneten Alexandria Ocasio-Cortez (besser bekannt als AOC) zusammen. Ihr „Coming-out“ erfolgte im Mai 2024 mit einem ausführlichen [Artikel](#) in The Free Press, wo sie heute die Leitung des Bereichs Social Media innehat.

In ihrem Vortrag auf der Heartland-Konferenz skizziert Lucy Biggers ihren persönlichen und ideologischen Werdegang von der Klimaaktivistin zur Kritikerin dessen, was sie als vorherrschende Klimanarrative wahrnimmt. Sie erklärt, dass sie anfangs sowohl hinsichtlich der Dringlichkeit als auch der Darstellung voll und ganz mit den gängigen Darstellungen des Klimawandels übereinstimmte. In diesen Kreisen, so sagt sie, gab es kaum Raum, die vorherrschende Sichtweise in Frage zu

stellen. Wie sie es ausdrückt: „Ich war vollkommen in diese Weltanschauung eingetaucht.“

Sie erörtert ferner die soziale Dynamik innerhalb von Aktivistinnen- und Mediengemeinschaften. Laut Biggers besteht oft ein impliziter Druck, sich den vorherrschenden Standpunkten anzupassen, was eine offene Debatte und kritisches Hinterfragen behindern kann. Sie betrachtet dies nicht unbedingt als absichtliche Unterdrückung, sondern als Nebenprodukt von Gruppendenken und institutioneller Kultur. Wie sie es ausdrückt: „Es gibt einen großen Druck, sich anzupassen.“

Mit der Zeit kamen ihr jedoch Zweifel. Diese Zweifel entstanden, als ihr auffiel, dass bestimmte Informationen ausgelassen oder allzu stark vereinfacht dargestellt wurden. Komplexere Daten oder alternative Sichtweisen, so argumentiert sie, wurden oft aus den Darstellungen ausgeschlossen, an deren Erstellung sie mitwirkte. Dies führte bei ihr zu dem Eindruck, dass die öffentliche Debatte nicht so umfassend und transparent war, wie sie sein sollte. Mit ihren Worten: „Mir fiel auf, was nicht gesagt wurde.“

Ein entscheidender Wendepunkt in ihrer Geschichte kam, als sie auf alternative Quellen und Experten stieß, die gängige Klimamodelle oder politische Ansätze in Frage stellten. Sie betont, dass ihr Perspektivwechsel eher schrittweise als plötzlich erfolgte. Sie begann, Fragen zu den zugrunde liegenden Annahmen, zur Dateninterpretation und dazu zu stellen, wie Unsicherheit kommuniziert wird.

## **Emotion**

Ein weiteres zentrales Thema ihres Vortrags ist die Rolle von Emotionen und Erzählungen. Biggers argumentiert, dass Angst zu einer starken Triebkraft in der Klimakommunikation geworden ist. Sie räumt zwar ein, dass Dringlichkeit wichtig sein kann, weist jedoch darauf hin, dass das Verlassen auf angstbasierte Botschaften zu übertriebenen oder einseitigen Darstellungen führen kann. Wie sie feststellt: „Angst ist ein sehr mächtiges Instrument.“ Sie warnt davor, dass dieser Ansatz letztlich das Vertrauen der Öffentlichkeit untergraben könnte, insbesondere wenn Prognosen als zu absolut wahrgenommen werden oder nicht wie erwartet eintreten.

Im letzten Teil ihres Vortrags reflektiert Biggers über ihre aktuelle Haltung. Sie präsentiert sich nicht als jemand, der den Klimawandel leugnet, sondern als jemand, der sich für mehr Differenziertheit, Transparenz und eine offene Diskussion einsetzt. Sie betont, wie wichtig es ist, wissenschaftliche Unsicherheiten anzuerkennen und ein breiteres Spektrum an Perspektiven in die Politikgestaltung einzubeziehen. Sie ermutigt sowohl Journalisten als auch die Öffentlichkeit zu mehr kritischem Denken.

## Chris Martz

Ein weiterer Redner bei dieser Podiumsdiskussion war Chris Martz (23). Im vergangenen Jahr wurde Chris der 2000. [Unterzeichner](#) der [Weltklimadeklaration](#) (WCD) von Clintel. Er ist ein junger Meteorologe, der für seine unverblühten Ansichten zur Klimawissenschaft bekannt ist, die er über seine einflussreiche Präsenz auf der [Social-Media-Plattform X](#) verbreitet. Martz baute sich auf X eine beträchtliche Fangemeinde auf, dank eines viralen [Beitrags](#) (eine Pflichtlektüre, in der Martz seinen Werdegang erläutert), der 30.000 Likes und mehr als 2,5 Millionen Aufrufe erzielte. Seine unverblühten Beiträge, die gängige Klimanarrative in Frage stellen, haben ihn zu einer polarisierenden Figur gemacht (die New York Post [bezeichnete](#) ihn als den „Anti-Greta Thunberg“), insbesondere unter seinen Kommilitonen während seines Bachelorstudiums an der Millersville University.

In seinem Vortrag auf der Heartland-Konferenz verrät Chris Martz, dass er, genau wie Biggers, in jüngeren Jahren auf der anderen Seite der Klimadebatte stand. Heute positioniert er sich als Teil einer jüngeren Generation, die das hinterfragt, was er als Übertreibungen und Fehlinformationen im Klimadiskurs ansieht.

Martz beginnt damit, seinen Hintergrund als Meteorologe und sein frühes Engagement in Online-Klimadiskussionen hervorzuheben. Er beschreibt seine Rolle als jemanden, der Klimadaten unabhängig analysierte und gegenüber weit verbreiteten Behauptungen skeptisch wurde. Er betont, dass seine Schlussfolgerungen nicht politisch motiviert waren, sondern sich aus der Untersuchung empirischer Beweise ergaben. Wie er es ausdrückt: „Ich habe angefangen, mir die Daten selbst anzuschauen.“

Martz geht auch auf die Rolle der Medien und sozialen Plattformen bei der Gestaltung von Klimanarrativen ein. Ein wiederkehrendes Thema in seinem Vortrag ist die Vorstellung, dass Unsicherheit in der Mainstream-Klimakommunikation unterrepräsentiert ist. Martz argumentiert, dass wissenschaftliche Unsicherheit oft zugunsten eindeutigerer Aussagen heruntergespielt wird, was die Öffentlichkeit hinsichtlich des Grades an Konsens oder der Zuversicht in bestimmte Behauptungen irreführen kann. Er betont, wie wichtig es ist, die Grenzen von Daten und Modellen anzuerkennen. Wie er es ausdrückt: „Es gibt viel mehr Unsicherheit als den Menschen gesagt wird.“

## Soziale Dynamik

Neben wissenschaftlichen Argumenten geht Martz auch auf die soziale Dynamik der Klimadebatte ein. Er schildert, wie er für seine Ansichten Kritik und Gegenwind erfahren hat, insbesondere als junge Stimme, die etablierte Narrative in Frage stellt. Martz positioniert sich jedoch **auch als Teil einer breiteren Bewegung jüngerer Menschen, welche die vorherrschende Klima-Doktrin hinterfragen**. Er stellt dies als positive Entwicklung dar und argumentiert, dass offene Debatten und kritisches

Denken für den wissenschaftlichen Fortschritt unerlässlich sind. Er ermutigt das Publikum, Daten selbstständig zu prüfen und bei Behauptungen Vorsicht walten zu lassen, die mit übermäßiger Gewissheit präsentiert werden.

[Hervorhebung im Original]

Link: <https://clintel.org/bringing-youth-into-the-climate-realist-fold/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

---

## Die EU und UK ähneln immer mehr der ehemaligen Sowjetunion

geschrieben von Chris Frey | 28. April 2026

### Tilak Doshi

Das „Ancien Régime“ Westeuropas wird nicht mehr lange Bestand haben. Populistisch-konservative Parteien haben in den letzten Jahren auf dem gesamten Kontinent an Boden gewonnen, gerade weil die gelebte Realität der Mehrheit im Widerspruch zur Doktrin der Eliten steht. Doch solange die Wähler nicht auf eine Rückkehr zu wirtschaftlichem Sachverstand, einer rationalen Energiepolitik und nationaler Souveränität drängen, werden Westeuropa und Großbritannien ihren Kurs im Stil der Sowjetunion fortsetzen.

Nach einer Woche massiver [Proteste](#) kam Irland zum Stillstand. Landwirte, Lkw-Fahrer und Spediteure blockierten Autobahnen, Häfen und die einzige Öltraffinerie des Landes, wodurch ein Drittel der Tankstellen ohne Benzin dastand. Unmittelbarer Auslöser war ein starker Anstieg der weltweiten Kraftstoffpreise, verursacht durch die militärischen Operationen der USA und Israels gegen den Iran und die daraus resultierenden [Störungen](#) in der Straße von Hormus. Doch die tiefer liegenden [Missstände](#) waren offensichtlich. Die Demonstranten forderten nicht nur eine Obergrenze für die Kraftstoffpreise, sondern auch die Aussetzung der geplanten Erhöhungen der CO<sub>2</sub>-Steuer – Maßnahmen, die Energie für viele Haushalte bereits zu einem Luxus gemacht hatten.

Hinter der Wut stand, wie Kommentatoren bei MCC Brüssel und anderswo [feststellten](#), die kumulierte Belastung durch eine aggressive grüne Dekarbonisierung in Verbindung mit rascher Masseneinwanderung, die beide den arbeitenden Menschen unerträgliche Kosten auferlegt haben ohne greifbare Vorteile zu bringen. Die letztendliche Reaktion der Regierung

– Steuersenkungen in Höhe von 505 Millionen Euro und eine Verschiebung der CO<sub>2</sub>-Steuererhöhung – war ein Eingeständnis, dass die Klimapolitik und die Migrationspolitik der Elite schließlich zu einer sozialen Explosion auf den Straßen geführt hatten. Doch wie ihre Amtskollegen in der EU und in UK stützt sich die irische Regierung seit langem auf eine von der Elite gesteuerte Integration, die bewusst von demokratischer Politik und echter Unterstützung durch die Bevölkerung abgeschottet ist.

## **Sowjetunion**

Die Europäische Union und UK ähneln sowohl in ihrer institutionellen Architektur als auch in ihrer ideologischen Rigidität zunehmend der späten Sowjetunion. Eine nicht gewählte zentrale Bürokratie bestimmt die politische Agenda, während die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament kaum mehr als demokratisches Theater bieten. Die 32.000 Beamten der Kommission, die sich rechtlicher Immunität und großzügiger Privilegien erfreuen, fungieren als moderne Nomenklatura, die von jeglicher Rechenschaftspflicht abgeschirmt ist. Wie Finn [Andreen](#) in seiner Analyse vom Februar 2026 für das Mises Institute dokumentierte, agiert Brüssel nach dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ und verlagert in aufeinanderfolgenden Krisen – Globalisierung, Covid, Ukraine, Migration – stetig Souveränität von den Mitgliedstaaten nach oben.

Eine ähnliche Einschätzung findet sich in russischen wissenschaftlichen [Kommentaren](#), in denen die EU als geopolitische Einheit beschrieben wird, die eher auf Ideologie als auf organischen nationalen Interessen beruht. Das Ergebnis ist ein Staat, der bei den klassischen liberalen Aufgaben versagt – wie etwa der Instandhaltung der Infrastruktur, der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, der Preisstabilität, der Landesverteidigung und der Erleichterung des freiwilligen Handels, während er sich im Narrativmanagement und in der Unterdrückung abweichender Meinungen auszeichnet. Dies ist keine rhetorische Übertreibung. Es ist das beobachtbare Ergebnis einer zentralistischen Planung, die sich in ein progressives Gewand hüllt.

Während die UdSSR den „neuen sowjetischen Menschen“ versprach, der sich dem kollektiven Wohl verschrieben hatte, verlangt das heutige EU-Modell die Einhaltung von DEI, ESG, Critical Race Theory, „Umweltgerechtigkeit“ und eine sich ständig ausweitenden Hierarchie der Opferrollen. Der Staatsapparat ist nicht darauf ausgerichtet, messbare Ergebnisse in Bezug auf Lebensstandard oder Sicherheit zu erzielen, sondern darauf, die Unzufriedenheit der Bevölkerung einzudämmen, die einer Politik unterworfen ist, die ihr von Großstadt-Eliten mit luxuriösen [Überzeugungen](#) und Gruppendenken aufgezwungen wird. In einer letzten Woche ausgestrahlten wütenden Tirade warf eine Anruferin namens „Georgina“ in der britischen [Sendung](#) „Talk TV“ Sir Keir Starmer vor, „die nationale Identität zugunsten einer globalistischen Agenda auszulöschen“. Für viele Zuhörer gelten ihre pointierten Kritikpunkte am britischen Premierminister gleichermaßen für Personen wie die Präsidentin der

Europäischen Kommission Ursula von der Leyen sowie für die Führer der irischen Koalitionsregierung aus Fianna Fáil und Fine Gael.

## **Institutionelle Anklänge an die sowjetische Vergangenheit**

Die strukturellen Parallelen sind eindeutig. In der UdSSR trafen das handverlesene Politbüro und das Zentralkomitee die tatsächlichen Entscheidungen; der Oberste Sowjet gab ihnen lediglich den Segen. In der EU diktiert die nicht gewählte Kommission die Handels-, Energie-, Industrie- und Umweltpolitik, während die Mitgliedstaaten nur noch die Illusion von Souveränität bewahren. Selbst das Großbritannien nach dem Brexit weist diese Symptome auf. Der Sieg der Labour-Partei im Jahr 2024, der mit 33,7 % der Stimmen (und nur 20 % der Wählerschaft) errungen wurde, reflektierte nicht allgemeine Begeisterung, sondern Abscheu gegenüber 14 Jahren konservativer Annäherung an den gleichen kosmopolitischen, progressiven Konsens. Die Leistung des Staates bei seinen Kernaufgaben verschlechtert sich weiter.

Klassische Liberale seit Adam Smith nannten als legitime Aufgaben des Staates die Gewährleistung der äußeren Verteidigung, die Sicherung von Eigentumsrechten, die Durchsetzung von Verträgen, die Bereitstellung öffentlicher Güter wie Straßen und Brücken, die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung sowie eine stabile Währung. In ganz Westeuropa werden diese Grundlagen vernachlässigt, während Ressourcen in die Durchsetzung von Narrativen und regulatorische Übergriffe fließen.

Großbritannien liefert ein eindrucksvolles Beispiel für eine Lohnkompression, die sogar das Niveau der Sowjetzeit übertrifft. Der Mindestlohn liegt derzeit bei etwa 66 % des Durchschnittsverdienstes – höher als der sowjetische Höchststand von rund 60 %. Nach Abzug von Steuern, Sozialabgaben und öffentlichen Dienstleistungen schrumpft das Verhältnis des Nettoeinkommens zwischen einem Verdiener von 100.000 £ (oberste 5 %) und einem Vollzeitbeschäftigten zum Mindestlohn auf etwa 3:1. Während der Sowjetzeit fiel das entsprechende Verhältnis nie unter 5:1 und schwankte in der Regel zwischen 3,2 und 4,4. Das ist kein Erfolg der Gleichheit; es ist die Stagnation, die durch hohe Grenzsteuersätze, Sozialleistungsfallen und regulatorische Mobilitätsbarrieren verursacht wird.

## **Ideologische Reinkarnation: Von Rot zu Regenbogen**

Die Ideologie hat zwar ihr Äußeres verändert, nicht aber ihren Charakter. Der sowjetische Kommunismus erzwang Konformität durch Klassenkampf; das heutige progressive Credo erzwingt sie durch Identität, Gleichberechtigung und Klimakatastrophen-Eschatologie. Oppositionsparteien, die als „rechtsextrem“ gebrandmarkt werden – Deutschlands AfD, Frankreichs Rassemblement National, Großbritanniens Restore Britain – sehen sich unerbittlicher Feindseligkeit seitens der Medien, behördlicher Schikane und richterlichem Aktivismus ausgesetzt.

In Großbritannien ist eine [zweigleisige](#) Politik zur Routine geworden: Online-Kommentare zur Masseneinwanderung ziehen oft schneller die Aufmerksamkeit der Behörden auf sich als Ladendiebstahl, Grooming-Banden oder islamistische Radikalisierung in örtlichen Moscheen. In einem mittlerweile viral gegangenen [Interviewausschnitt](#) stellte Konstantin Kisin, der in Russland geborene Co-Moderator des Podcasts „Triggernometry“, seinem Gastgeber eine Frage, die nach wie vor nachhallt: „In Russland wurden im letzten Jahr 400 Menschen wegen Äußerungen in den sozialen Medien verhaftet. Wie viele wurden Ihrer Meinung nach in Großbritannien verhaftet?“ Die Antwort – 3.300 – sorgte für Aufschreie. Jahre später hat sich die Kluft nur noch vergrößert. Allein im Jahr 2023 verzeichnete die britische Polizei 12.183 Festnahmen wegen „anstößiger“ Online-Äußerungen. Ein Land, das einst der Welt Lektionen in Sachen Freiheit erteilte, überwacht nun die Meinungsäußerung mit einem Eifer, der die alten sowjetischen Zensoren beeindruckt hätte.

In der EU drohen Andersdenkenden außergerichtliche finanzielle Sanktionen, ohne dass vor Gericht Anklage erhoben wird. Jacques [Baud](#), ein ehemaliger Schweizer Oberst und Geheimdienstanalyst mit Spezialisierung auf Militär- und Terrorismusfragen, sah sich im Dezember 2025 mit einer Einfrierung seiner Vermögenswerte in der EU konfrontiert, weil er strategische Analysen veröffentlicht hatte, die der westlichen Politik gegenüber der Ukraine kritisch gegenüberstanden; eine Ausnahmegenehmigung aus humanitären Gründen wurde erst nach einem öffentlichen Aufschrei gewährt.

## **Gruppendenken**

Das Gruppendenken zeigt sich besonders deutlich in der fanatischen antirussischen Haltung, die mittlerweile ein Kernelement der Selbstidentität Westeuropas und der NATO bildet – mit der bedeutenden Ausnahme von Präsident Trumps Amerika. Russland wird als von Natur aus revisionistische Macht dargestellt, die darauf aus ist, auf Paris und Berlin zu marschieren, was jede Form von Verhandlungen für moralisierende europäische Diplomaten ethisch unzulässig macht. Während China als langfristiger systemischer Rivale identifiziert wird, bleibt die unmittelbare Obsession die Notwendigkeit, Russland in kleinere Kleinstaaten zu zersplittern – ein Thema, das von hochrangigen EU-Vertretern wie [Kaja Kallas](#) wiederholt angemahnt worden ist.

Diese unaufhörliche Kriegstreiberei hat sich nahtlos in die allgemeine progressive Ideologie eingefügt. Christliche Tugenden – Familie, Nation, traditionelle Moral – werden routinemäßig als frauenfeindlich oder ethno-nationalistisch abgetan. Bezeichnend dafür ist die langjährige Kampagne der EU gegen das Ungarn von Viktor Orbán, das sich gegen offene Grenzen und die LGBTQ-Agenda in Schulen gewehrt hat. Nach dem anfänglichen Jubel in Brüssel über die jüngste Wahlniederlage von Ministerpräsident Orbán setzte bei den EU-Bürokraten eine nüchternere Erkenntnis ein, als der siegreiche Kandidat Péter Magyar (Tisza-Partei)

nur wenige Tage später [klarstellte](#): „Ungarn wird keinen [Einwanderungs-]Pakt akzeptieren. Tatsächlich werde ich den Grenzzaun noch weiter verstärken.“

Eine globalistische Regierungsführung, die nationale Grenzen außer Kraft setzt, das jüdisch-christliche Erbe des Westens herabwürdigt, fossile Brennstoffe verteufelt und erneuerbare Energien als moralische Imperative hochhält, ist zur neuen Orthodoxie geworden. Europas herrschende Eliten verkörpern einen Regierungsstil, der emotionale Signale mit kompetenter Staatskunst [verwechselt](#).

## **Der Sicherheitsstaat und die Unterdrückung abweichender Meinungen**

Die Durchsetzung erfordert institutionelle Macht. Die NATO-Mitgliedstaaten unterliegen geheimen „Verpflichtungen“ oder Resilienz-Zielen, die innenpolitische Entscheidungen außer Kraft setzen können. Ein niederländischer Gesundheitsminister führte diese Verpflichtungen öffentlich als [Grund](#) dafür an, dass bestimmte Maßnahmen zur Pandemievorsorge nicht umgesetzt werden konnten. Strategische Kommunikationsinitiativen im Europäischen Parlament werden nicht von der Kommunikationsdirektion, sondern vom Sicherheitskommissar geleitet – ein Beleg dafür, dass Verteidigungs- und Geheimdienstapparate mittlerweile über der Politik stehen. Migration, Energiepolitik, öffentliche Gesundheit und die Haltung gegenüber Russland werden alle in erster Linie als Sicherheitsbedrohungen dargestellt. Andersdenken wird als kognitive Kriegsführung umgedeutet; der Zugang zu alternativen Medien gilt als Anscheinsbeweis für ausländische Einflussnahme. Der Westen, der einst ohne Furcht sowjetische Zeitungen importierte, behandelt russische Medien heute als Vehikel der Gedankenkontrolle und verbietet beispielsweise RT [der russische Auslands-Fernsehsender in englischer Sprache „Russia Today“. A. d. Übers.]

## **Energie-Rationierung: der grüne Weg in den Niedergang nach sowjetischem Vorbild**

Während die politischen Eliten in der EU, Kanada und Australien die Sperrung der Straße von Hormus als Ursache der Energiekrise anprangern, ist dies lediglich der Funke. Der Treibstoff für die Feuersbrunst im Westen (mit der bedeutenden Ausnahme der USA unter Präsident Trump) hat sich seit mindestens zwei Jahrzehnten angehäuft, wenn nicht sogar schon länger.

Auf IPCC-Klimamodellen basierende [Netto-Null-Ziele](#), die auf vorab festgelegte Ergebnisse „abgestimmt“ sind, fungieren de facto als Rationierungsprozess. Haushalte und Industrie werden durch Steuern, Vorschriften und Preissignale zu einem reduzierten Verbrauch gedrängt. Die Sanktionen gegen Russland im Jahr 2022 führten zu klassischen [Bumerang-Effekten](#): Die EU und Großbritannien, die bewusst die Förderung in der Nordsee, Fracking, die Stromerzeugung aus Kohle und die

Kernkraftkapazitäten eingeschränkt hatten, fanden sich als Preisnehmer auf den globalen LNG-Märkten wieder, während die Vereinigten Staaten Rekordmengen exportierten. Die heimische Energiefülle wurde auf dem Altar der Emissionsbilanzen geopfert; das Ergebnis waren höhere Preise, die Verlagerung von Industrie ins Ausland und geopolitische [Bedeutungslosigkeit](#).

Ein britischer [Ökonom](#) hat kürzlich ausgesprochen, was sonst nur hinter vorgehaltener Hand gemunkelt wird: Hohe Energiepreise seien „gut für das Klima“, dämpfen sie doch die Nachfrage. Unter Berufung auf Untersuchungen, wonach ein Anstieg der Benzinpreise in Großbritannien um 10 % den Verbrauch um bis zu 5 % senken kann, befürwortet die Analyse faktisch die Rationierung durch Preise als Instrument der Umweltpolitik. Die Energiekosten bestehen bereits zu 40–50 % aus Steuern, doch eine Senkung dieser Steuern zur Entlastung von Haushalten und Unternehmen wird als undurchführbar abgetan.

Die verspäteten Eingeständnisse sowohl von Bundeskanzler Friedrich [Merz](#) als auch von Ursula von der [Leyen](#), dass der vorzeitige Atomausstieg ein „strategischer Fehler“ gewesen sei, haben zu keiner Kehrtwende in der Energiepolitik geführt. Die grüne Ideologie mit der Kommission als ihrer Priesterschaft bleibt weiterhin vorherrschend. Das wirtschaftliche [Urteil](#) ist eindeutig. Vom vierten Quartal 2019 bis zum gleichen Zeitraum im Jahr 2025 stieg das BIP der USA um 14,6 %, während das Deutschlands nur um 0,5 % zunahm – die schwächste Leistung innerhalb der G7. Das BIP von UK wuchs im gleichen Zeitraum um 5,3 %; die Eurozone erreichte 6,7 %. Die Prognosen des IWF und der OECD für 2026 gehen von einem Wachstum in den USA von fast 2 % aus, während die EU und UK bei unter 1,5 % bzw. 1 % stagnieren.

## **Moralisierung**

Europa hat sich auf den globalen Energiemärkten in eine unterwürfige Rolle gedrängt und ist nun von Lieferanten abhängig, die es einst moralisch unter Druck setzen wollte. Russland seinerseits hat sich angepasst. Die Sanktionen haben die russische Wirtschaft eher gestärkt als geschwächt; nationaler Stolz hat die frühere Begeisterung für westliche Vorbilder abgelöst. Nach der Einstellung des Tankerverkehrs durch die Straße von Hormus wurden die Sanktionen gegen russische Ölexporte aufgehoben, und die Ölpreise sind hoch – beides kommt der russischen Wirtschaft zugute.

Die Russen [betrachten](#) eine anhaltende Abgrenzung vom im Niedergang begriffenen Westen mittlerweile allgemein als sinnvolle Absicherung. Putins Russland bleibt im Grunde eine Status-quo-Macht – die sich nach den wiederholten Misserfolgen des Minsk-Prozesses und der Osterweiterung der NATO um den Schutz der ethnischen Russen im nahen Ausland sorgt –, doch Europas ideologischer Kreuzzug hat die Brücken für eine ganze Generation abgebrochen.

Das Ancien Régime Westeuropas wird nicht mehr lange Bestand haben. Populistisch-konservative Parteien haben in den letzten Jahren auf dem gesamten Kontinent an Boden [gewonnen](#), gerade weil die gelebte Realität der Mehrheit der Doktrin der Elite widerspricht. Doch solange die Wähler keine Rückkehr zu wirtschaftlichem Sachverstand, einer rationalen Energiepolitik und nationaler Souveränität erzwingen, werden Westeuropa und Großbritannien ihren Kurs im sowjetischen Stil fortsetzen: zentrale Planung ohne Gulag, Energie-Rationierung ohne Brotschlangen und Kontrolle der öffentlichen Meinung, ohne dass „neun Gramm Blei im Hinterkopf“ in den Kellern von Stalins Lubjanka nötig sind.

*This article was first published in the [Daily Sceptic](#) on 21 April 2026*

## **Dr Tilak K. Doshi**

Dr Tilak K. Doshi is the Daily Sceptic's Energy Editor. He is an economist, a member of the CO2 Coalition and a former contributor to Forbes. Follow him on Substack and X.

Link:

<https://clintel.org/the-european-union-and-the-uk-increasingly-resemble-the-late-soviet-union/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

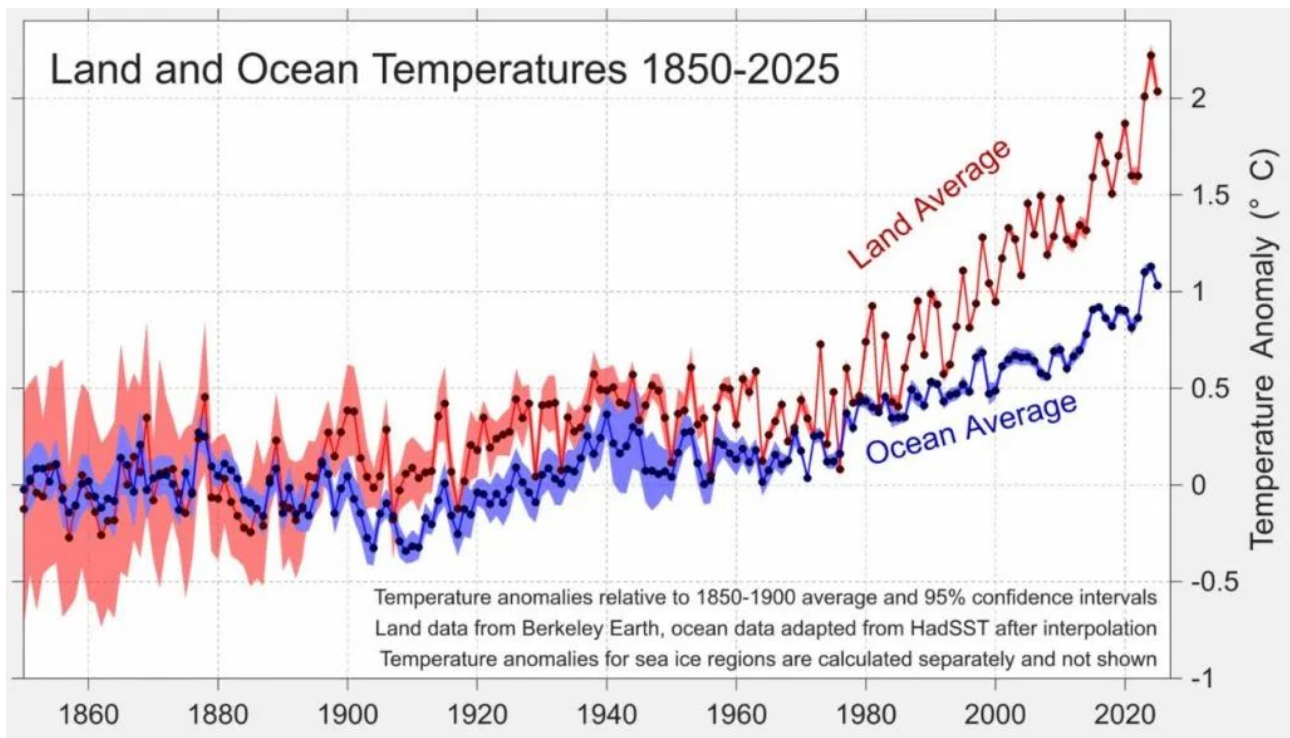
---

# **Warum sich Änderungen der Temperatur über dem Festland von denen über den Ozeanen unterscheiden**

geschrieben von Chris Frey | 28. April 2026

## **Cap Allon**

Seit 1970 weisen Thermometer auf dem Festland eine Erwärmung auf, die etwa doppelt so hoch ist wie die über den Ozeanen:



Ferdinand Meeus, Chemiker und vom IPCC gelisteter Gutachter argumentiert, dass diese Diskrepanz weitgehend künstlich sei.

„Seit 1970 ist die anhand von Thermometern an Land gemessene Erwärmung doppelt so hoch wie auf See ... was damit zu tun hat, dass es rund um die Messstationen an Land immer mehr Asphalt und Beton gibt.“

Er fügt hinzu:

„Thermometer in städtischen Gebieten zeigen um 5 °C höhere Werte an ... Satellitenmessungen belegen eindeutig: Der Urbanisierungseffekt führt zu um 3–5 °C höheren Temperaturwerten.“

Bebaute Flächen absorbieren und speichern Wärme. Die Vegetation wird abgeholzt. Die Luftzirkulation wird gestört. Die lokalen Temperaturen steigen, insbesondere nachts. Die Frage ist nicht, ob dies geschieht, sondern in welchem Umfang es in die globalen Aufzeichnungen einfließt.

Die Differenz zwischen Land und Meer tritt nach 1970 auf und verstärkt sich. Die physikalischen Gesetze haben sich zu diesem Zeitpunkt nicht geändert. Und der CO<sub>2</sub>-Gehalt war schon lange zuvor stetig gestiegen. Was sich geändert hat, waren die Messbedingungen an Land. Die Umgebung der Messstationen hat sich vergrößert. Flughäfen sind gewachsen. Stadtgebiete haben sich ausgebreitet. Viele seit langem bestehende Messstationen befinden sich zunehmend in veränderten Umgebungen.

Moderne Datensätze leisten hier nur unzureichende Korrekturen. Oftmals ergeben angepasste Datensätze sogar höhere Werte. Zum einen gibt es nur wenige wirklich unveränderte ländliche Messstationen.

Zum anderen wird der UHI-Effekt in Städten in ganzen Grad gemessen.

Globale Trends werden in Zehntel pro Jahrzehnt gemessen. Selbst eine kleine verbleibende Verzerrung reicht aus, um den Landesdurchschnitt anzuheben.

Link:

[https://electroverse.substack.com/p/late-april-snow-in-china-why-land?utm\\_campaign=email-post&r=320l0n&utm\\_source=substack&utm\\_medium=email](https://electroverse.substack.com/p/late-april-snow-in-china-why-land?utm_campaign=email-post&r=320l0n&utm_source=substack&utm_medium=email)

(Zahlschranke)

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

---

# Das Ende der Gefährdungsfeststellung der EPA ist von größerer Tragweite als der Krieg gegen den Iran

geschrieben von Chris Frey | 28. April 2026

[William Murray](#)

„Wir sind wie Zwerge auf den Schultern von Riesen.“ – Bernhard von Chartres

Im Februar ereigneten sich zwei Dinge, welche die Welt verändern dürften. Das erste ist der Iran-Krieg.

Das zweite ist ein Ereignis, das so obskur ist, dass die meisten Amerikaner nicht einmal wissen, dass es stattgefunden hat – die Aufhebung der „Endangerment Finding“ von 2009 durch die Umweltschutzbehörde (EPA) der Trump-Regierung am 12. Februar. Diese Entscheidung versetzt allen wichtigen US-Klimavorschriften, die unter den Regierungen Obama und Biden erlassen worden waren, einen schweren Schlag. Sie war die rechtliche Grundlage für den Green New Deal.

Von den beiden Ereignissen hat das Ende des „Endangerment Finding“ die größeren Konsequenzen, doch die gängige Meinung des 21. Jahrhunderts – kuratiert und kontrolliert durch die sozialen Medien, das unklügste Medium, das je erfunden worden ist – macht es schwer, dieses Argument nachzuvollziehen. Aber hier ist es.

Der Iran-Krieg verursacht direkte Kosten in Höhe von etwa 1 bis 2 Milliarden Dollar pro Tag und ein Vielfaches davon an indirekten Kosten durch höhere Energiepreise in weiten Teilen Europas und Asiens, wenn auch in geringerem Maße in den Vereinigten Staaten, die zunehmend

energieunabhängig sind.

Der „Endangerment“-Beschluss von 2009 ist übrigens eine jener Umgehungslösungen des „Regulierungsstaates“, die zum Tragen kommen, wenn der Kongress kein Gesetz verabschiedet oder der Oberste Gerichtshof eine schwierige Entscheidung nicht trifft. Diese Verwaltungsentscheidung bildet die Grundlage für die GESAMTE moderne Klimaregulierung und die globale Klimadiplomatie. Ihre Aufhebung veranlasst die Trump-Regierung dazu, unter anderem mit Einsparungen in Höhe von 1,3 Billionen Dollar für die amerikanischen Bürger in den nächsten zehn Jahren durch günstigere Autos zu prahlen.

Das hat viele der richtigen Leute unglücklich gemacht.

In einem [Interview](#) mit der „New York Times“ erklärte Jody Freeman, Leiterin des Programms für Umwelt- und Energierecht an der Harvard Law School, die zufällig die „Endangerment Finding“-Erklärung für die Obama-Regierung entworfen hatte, die Trump-Regierung wolle „nicht nur das tun, was andere republikanische Regierungen getan haben, nämlich Vorschriften zu schwächen. Sie wollen die US-Bundesregierung ganz aus dem Bereich der Regulierung heraushalten, Punkt.“

Als jemand, der während der ersten Trump-Regierung bei der EPA gearbeitet hatte, kann ich sagen: Freeman irrt sich. Die Republikaner haben nichts gegen Umweltvorschriften, die auf sinnvollen Anreizen beruhen und keine Branchen benachteiligen, die ohne eigenes Verschulden politisch in Ungnade gefallen sind.

Doch jede Regulierung hat menschliche Kosten, die im Grunde genommen nicht beziffert werden können – und das ist etwas, was Freeman und die Linke niemals anerkennen. Bundesvorschriften selbst wurden von der Regierung eingeführt, um das Leben der Menschen zu verbessern – man denke nur an das Gesetz über sicheres Trinkwasser, das Luftreinhaltungsgesetz oder das Gesetz über faire Arbeitsnormen von 1938, das der Kinderarbeit ein Ende setzte.

Das Problem ist, dass entgangene zukünftige Möglichkeiten, die Ökonomen als Opportunitätskosten bezeichnen, kaum quantifizierbar und begrenzt sind, wodurch Innovation und Erfindungsreichtum auf fast unvorstellbare Weise gehemmt werden.

Betrachten wir das folgende kontrafaktische Szenario:

Hätte der Oberste Gerichtshof der USA Ende der 1990er Jahre strengere Datenschutzgesetze erlassen, wäre das Teilen von Bildern von Fremden ohne deren Zustimmung illegal gewesen. Dies hätte die frühen Hersteller von Kamerahandys, Sharp und Sanyo, davon abgehalten, Anfang der 2000er Jahre Kameras in die ersten Smartphones zu integrieren, und hätte Apples Entscheidung, das iPhone zu entwickeln, verzögert oder sogar untergraben.

Weniger als 25 Jahre nach der Markteinführung des ersten US-Kamerahandys übersteigt der Gesamtwert mobiler Technologien und Dienste weltweit 7 Billionen US-Dollar, was mehr als 6 % des globalen BIP entspricht. Ein Großteil dieses neu geschaffenen Vermögens in Höhe von Billionen Dollar manifestiert sich im Aktienkurs der Silicon-Valley-Unternehmen, in den Altersvorsorgeguthaben von fast 100 Millionen Amerikanern und in der US-Wirtschaft insgesamt.

Die „Endangerment Finding“ schuf eine innerstaatliche Rechtsgrundlage, um Kohlendioxid im Rahmen des „Clean Air Act“ als Schadstoff einzustufen. Diese Rechtsgrundlage ermöglichte es wiederum den Regierungen der US-Demokraten, die USA an das Pariser Abkommen und das umfassendere UN-Klimaregime zu binden, zu dessen Annahme der US-Senat 1992 durch die Verabschiedung der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) verleitet worden war.

Es ist durchaus möglich, dass das unter der Schirmherrschaft der UN geschaffene globale Klimaregime eine ähnliche Wirkung auf energieintensive Industrien hatte wie ein strenges Datenschutzgesetz auf Smartphones, die für Milliarden von Menschen zum Einstieg in die digitale Wirtschaft wurden.

Und nun geht es zu Ende.

Mit der Aufhebung der „Endangerment Finding“ hebt man nicht nur eine Verordnung auf, sondern beseitigt das gesamte Regulierungsgefüge, das den Vereinigten Staaten jedes Jahr Opportunitätskosten in Höhe von Billionen Dollar und explizite Kosten in Milliardenhöhe auferlegt hat.

So kostspielig ein kurzer Konflikt mit dem Iran auch sein mag, er ist bei weitem nicht so teuer wie die nicht bezifferbaren Opportunitätskosten der letzten 30 Jahre unter dem UN-Klimaregime.

Sobald die USA im Inland nicht mehr rechtlich gebunden sind, können sie sauber aus dem internationalen Rahmenwerk aussteigen. Und wenn Amerika geht, fallen die Dominosteine nacheinander. Russland, China, Indien und Saudi-Arabien – von denen ohnehin keiner jemals an die Rhetorik „der Planet stirbt“ geglaubt hat – werden diesem Beispiel folgen.

Sie haben das Klimaabkommen nie als etwas anderes angesehen als einen Prozess zur Umverteilung von Wohlstand aus dem Westen, und nun ist das Spiel für die amerikanische Linke und das europäische Establishment aus.

Anstelle dieser transhumanistischen Dystopie haben wir die Möglichkeit, eine bedeutende Schwerindustrie in die USA zurückzuholen und über eine Million gut bezahlte Arbeitsplätze im Handwerk zu schaffen, während wir gleichzeitig strenge Umweltgesetze beibehalten.

Tatsächlich könnte der Kongress den Befürchtungen hinsichtlich eines Rückschritts im Umweltschutz leicht entgegenwirken, wenn er das Gesetz zur Sicherheit erschwinglicher, zuverlässiger und sauberer Energie (ARC-

ES) verabschieden würde, das Ende letzten Jahres von dem Abgeordneten Troy Balderson (R-OH) im Kongress [eingebracht](#) worden war.

Der ARC-ES-Gesetzentwurf würde klare Definitionen von Schlüsselbegriffen wie „bezahlbar“, „zuverlässig“ und „sauber“ gesetzlich verankern und so sicherstellen, dass Investitionsrisiken ausschließlich auf kosteneffiziente Infrastrukturprojekte beschränkt bleiben.

Der Gesetzentwurf würde dazu beitragen, dass Amerikas bezahlbarste, zuverlässigste und umweltfreundlichste Energiequellen, darunter Kernenergie und Erdgas, weiterhin Teil des Energiemix' bleiben – eine entscheidende Voraussetzung für amerikanische Haushalte und Unternehmen.

Die Tatsache, dass weder der ARC-ES noch die Kehrtwende beim „Endangerment Finding“ in den Nachrichten zu finden sind, sagt alles über den aktuellen Zustand des globalen Journalismus' aus.

Das soll kein Vorwurf an die Berichterstattung über den Iran sein, die zwar fesselnd, aber völlig durcheinander ist. Es zeigt lediglich, wie schwach die Anreize sind, die Öffentlichkeit im 21. Jahrhundert über das zu informieren, was in ihrem Leben wirklich zählt – und dass sich diese Situation weiter verschlechtert. Vielleicht erfindet eines Tages jemand ein besseres Medium für Informationen.

*William Murray is a former speechwriter for the Environmental Protection Agency (EPA), the past editor of RealClearEnergy from 2015 to 2017, and currently the chief speechwriter for the Commodity Futures Trading Commission (CFTC).*

*This article was originally published by RealClearEnergy and made available via RealClearWire.*

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2026/04/21/the-end-of-epas-endangerment-finding-is-a-bigger-deal-than-the-iran-war/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE